

# Asta - aktuell

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

## REGELSTUDIENZEIT?

Wie in einem der letzten Flugblätter schon berichtet, wurden am 5.2. von der Hochschule an über 900 Kommilitonen Briefe verschickt, die den Wegfall der Unterrichtsgeldfreiheit ankündigten für Studenten, die "den Abschluß ihres Studium unangemessen hinauszögern." Als Grundlage für die Beurteilung dieser Unangemessenheit dienen die Bafög-Förderungszeiten, die ohnehin lächerlich und in keiner Weise an den wirklichen Studienzeiten orientiert sind.

Ist die Hochschule nun "machtlos gegen diese Verordnung"? (so die Hochschulverwaltung), oder sollte sie etwa mit dem Kumi unter einer Decke stecken? Die Situation ist folgende: Bisher wurden die Briefe nur in Darmstadt verschickt, an der politisch ruhigsten Hochschule des Landes. Ist das ein Zufall? Ist es auch ein Zufall, daß die Briefe kurz vor Semesterende verschickt wurden (die Verordnung stammt vom 12.12.72), daß die Einspruchsfrist gegen diesen Bescheid vier Wochen beträgt und somit ebenso wie der Zahlungstermin für die Studiengebühren (1.4.) in den Semesterferien liegt, also vor der Rückmeldefrist für "normale" Studenten? Oder sind diese ganzen Manöver ausgeheckt worden, um die Betroffenen zu überrumpeln und ihnen die Möglichkeit zu Gegenmaßnahmen zu nehmen? Ist das Angebot von Böhme, die Unterrichtsgeldfreiheit generell um zwei Semester zu verlängern ein Akt der Menschlichkeit, oder glaubt er nur, uns durch dieses "faire Angebot" einlullen zu können? Dann sollten wir ihm allerdings klar machen, was wir von diesen Maßnahmen halten.

Durch diese Verordnung sollen alle Studenten zu einem verkürzten Studium gezwungen werden, um die Durchlaufgeschwindigkeit an den Hochschulen zu erhöhen. Somit wird die Einführung einer Regelstudienzeit vorweggenommen, die einen entscheidenden Teil des HRG darstellt. Darüberhinaus bedeutet diese Maßnahme eine erneute Verschärfung des sozialen Numerus Clausus, da ausschließlich die sozial schwächste Schicht betroffen wird. In diesem Zusammenhang muß auch die geplante Erhöhung der Sozialbeiträge und der Mensapreise gesehen werden.

Damit ist offensichtlich, daß durch diese Verordnung keineswegs nur die Altsemester betroffen sind. Diese Sache geht uns alle an! Diese Verordnung stellt einen Angriff auf uns alle dar und deshalb müssen wir uns auch geschlossen dagegen wehren, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen. Nur die Solidarität aller Studenten kann dieses faule Ei des Kumi zerschlagen.

Tragt Euch deshalb alle in die Unterschriftenlisten ein, die in den nächsten Tagen in der Mensa ausliegen.

An die betroffenen 900: Stellt auf keinen Fall individuelle Anträge auf Verlängerung der Förderungsfrist! Der Asta schickt Euch in den nächsten Tagen gleichlautende Widerspruchsschreiben zu, die gemeinsam an den Präsidenten geschickt werden sollen.

Die Hochschulverwaltung versicherte, daß diese Widersprüche als Anträge behandelt werden. Es entstehen also keine Nachteile für den Einzelnen.

Kommt alle am

## DIENSTAG, 13.2., 15.30

in den Raum 11/25 zu einer Besprechung, um weitere Kampfmaßnahmen auch für das nächste Semester gegen diese Hochschulpolitik (z.B. Erhöhung der Sozialbeiträge etc.) zu erörtern.